Zu Situation in der DKP

Mit Blick auf die 6. PV-Tagung kann ich natürlich nur feststellen: Die Situation in der Partei hat sich seit meinem Artikel zu den Meinungsverschiedenheiten im Sommer nicht verbessert, sondern weiter verschlechtert und zugespitzt.

Es ist nicht meine Aufgabe, hier eine ausführliche Bewertung von Verlauf und Ergebnissen dieser PV-Tagung vorzunehmen. Das muss das Ergebnis des kollektiven Meinungsaustauschs sein, der sicher im Verlauf dieser Beratung noch stattfinden wird.

Bemerkenswert finde ich, dass der von den drei Vorsitzenden vorgelegte Antrag im PV nicht so glatt durchging, wie sie es wohl gern gehabt hätten.

Aber die Drohung mit der Auflösung der zwei Bezirke Rheinland-Pfalz und Südbayern ist damit nicht vom Tisch, sondern nur auf die Zeit nach der 8. PV-Tagung verschoben. Der PV will in beiden Bezirken Bezirksmitgliederversammlungen über den Kopf der Bezirksvorstände hinweg einberufen. Und die Androhung einer „Unvereinbarkeitserklärung" gegen das Netzwerk wurde trotz Gegenstimmen letztlich mehrheitlich bestätigt, auch wenn die Qualifizierung „parteischädigend" gestrichen wurde.

Der Antrag in seiner ursprünglichen Fassung ist also etwas abgeschwächt worden. Aber auch die nun mehrheitlich beschlossene Fassung wird, wenn durchgezogen wird, zu weiteren Zuspitzungen führen und das notwendige Eingreifen der Partei in die aktuellen politischen Auseinandersetzungen erschweren.

Ich entnehme dem Wortlaut des Antrags, dass die Parteispitze nicht das Suchen nach Gemeinsamkeiten und die Weiterführung einer sachlichen inhaltlichen Diskussion über unterschiedliche Standpunkte in den Vordergrund stellt, sondern offenbar auf einen Bruch mit den Kritikern des gegenwärtigen Kurses ausgeht, die sie als „revisionistisch" und „opportunistisch" ausgrenzen, aus der Partei hinausdrängen oder notfalls auch ausschließen will.

Ich habe es schon im Artikel zu den Meinungsverschiedenheiten gesagt: Was am Ende dabei herauskommen kann, ist nur die endgültige Zellspaltung der Partei und ihre Umwandlung in eine Mini-Sekte nach K-Gruppen-Muster – ihre Umwandlung in eine selbsternannte „revolutionäre Avantgarde", die sich mit Verbalradikalismus selbstbefriedigt, aber sich von der Realität und vom Leben und Denken der arbeitenden Menschen immer mehr entfernt.

Das ist mehr als besorgniserregend. Es führt faktisch zu einer existenziellen Bedrohung für den Fortbestand die DKP.

Damit sind also alle, die in dieser Partei Mitglied sind, vor die Frage gestellt, ob sie diesen Kurs weiter mitmachen können oder seine Verwirklichung durch Stillhalten und Schweigen möglich machen.

Da geht es nicht einfach um eine „Strömungsauseinandersetzung", aus der man sich heraushalten möchte. Auch nicht einfach um „Rechthaben", um einen bloßen Personenstreit oder um die „Macht in der Partei". Es geht um die Sache. Nämlich um die Verhinderung eines Kurses, der immer mehr von den tatsächlichen sozialen und

politischen Auseinandersetzungen in diesem Land abgehoben ist und in zunehmende Selbstisolierung führt. Es geht um die Fortexistenz und das Wiedererstarken der DKP als authentische kommunistische Partei und als respektierte Mitstreiterin und Partnerin in Gewerkschaften und Bewegungen.

Es ist aber auch festzustellen, dass dieser Kurs der weiteren Zuspitzung der Auseinandersetzung und des Bruchs mit den Kritikern in beträchtlichen Teilen der Partei auf Unmut und Ablehnung stößt. Das lassen nicht nur der Verlauf der Debatte auf der 6. PV-Tagung selbst, sondern auch viele Reaktionen erkennen, die in letzter Zeit von Parteigremien zu den angekündigten „Ordnungsmaßnahmen" verfasst worden sind.

*

Es muss aber auch betont werden, dass dies alles nicht mehr nur als ein „parteiinterner Konflikt" bewertet werden kann.

Denn es schwächt die ohnehin schon leider nicht mehr so große Aktionsfähigkeit der DKP weiter, und dies in einer objektiven politischen Situation, in der das Eingreifen von uns Kommunistinnen und Kommunisten dringend erforderlich wäre.

Ich kann und will hier keine ausführliche Einschätzung dieser objektiven Situation vornehmen. Aber sicher ist doch: es geht derzeit in unserem Land vor allem darum, alle Kräfte gegen die weitere Rechtsentwicklung zu mobilisieren.

Wobei mit „Rechtsentwicklung" natürlich nicht nur das Anwachsen der AfD gemeint ist – obwohl wir die damit verbundenen Gefahren

auf keinen Fall unterschätzen sollten. Eine genaue Einschätzung, welche Rolle und Funktion diese Partei im bestehenden Herrschaftssystem künftig spielen soll und wird, ist dringend erforderlich.

Zur „Rechtsentwicklung" gehören aber auch die deutlichen Rechtsverschiebungen im Kurs von CSU und CDU, mit etwas anderer Gewichtung aber auch bei SPD und Grünen. Und die damit zusammenhängende Rechtsverschiebung in der Meinungsmache der Massenmedien und in der Folge auch die Zunahme rechter und rechtsextremistischer Stimmungen in erheblichen Teilen der Bevölkerung.

Ebenso zähle ich zur Rechtsentwicklung den fortdauernden neoliberalen Angriff des Kapitals auf Löhne, Sozialleistungen, Renten, auf die Gewerkschaften, auf demokratischen Rechte, die Schürung von Terroristen-Hysterie und anderen Ängsten zwecks Ausbaus des Überwachungs- und Polizeistaates und die Praktizierung zunehmend autoritärer Formen der Machtausübung.

Und nicht zuletzt gehören zur Rechtsentwicklung auch die verstärkten Versuche, auch in der Linkspartei eine Verschiebung der inneren Gewichte und des politischen Kurses nach rechts zu erreichen und jenen Kräften zum dominierenden Einfluss zu verhelfen, die die Beteiligung am etablierten Machtkartell als wichtigstes Ziel ansehen.

Doch statt den Kampf gegen diese Entwicklungen in den Mittelpunkt der Parteitätigkeit zu stellen, werden die Kräfte unserer

Partei gegenwärtig auf Tätigkeitsfelder abgelenkt, bei denen die Sicht offenbar nur bis zur eigenen Nasenspitze reicht und wahrnehmbare Auswirkungen auf die Kräfteverhältnisse in der BRD mit Sicherheit nicht zu erwarten sind.

Das aktuellste Beispiel dafür ist natürlich die Orientierung auf die „flächendeckende Kandidatur" bei den kommenden Landtags- und Bundestagswahlen mit den vorhersehbaren Mini-Ergebnissen ohne jede politische Auswirkung.

Ich spreche hier über die gesamtpolitische Bedeutung unserer „Parteistreits", weil man sich der damit verbundenen Verantwortung bewusst sein muss.

Und weil es viele Genossinnen und Genossen gibt, die der Meinung sind, dass dieser Streit sie eigentlich nichts angeht und es das Beste wäre, wenn er einfach eingestellt würde.

Aber es geht eben nicht einfach nur um einen Streit. Es geht um die in der gegebenen konkreten Situation richtige Orientierung für die Tätigkeit der Partei, um die Konzentration ihrer wenigen Kräfte auf Aktivitäten, mit denen sie zur Veränderung der Verhältnisse beitragen kann.

Ich habe schon im Artikel zu den Meinungsverschiedenheiten gesagt, dass es meiner Ansicht nach keine raschen Lösungen und nur einen Weg zur Bewältigung der entstandenen Probleme gibt. Das ist einerseits die Fortsetzung der jeweiligen Aktivitäten vor Ort in den bestehenden Zusammenhängen, in Gewerkschaften und Bewegungen, in bestehenden und neu entstehenden Bündnissen

gegen die Rechtsentwicklung. Und zweitens die Fortsetzung einer möglichst sachlichen und solidarischen Debatte über strittige Fragen ohne falsche Etikettierungen und Ausgrenzungsabsichten.

*

Ich will mich deshalb in diesem Beitrag auch nicht allein auf die mit der 6. PV-Tagung entstandenen Situation konzentrieren, sondern einige weitere inhaltliche Fragen ansprechen, die in der Parteidiskussion eine Rolle spielen.

Auf der 5. PV-Tagung hat Patrik Köbele sich ja unter anderem gegen den Vorwurf verwahrt, nicht mehr auf dem Boden des Parteiprogramms von 2006 zu stehen.

Sein Argument dazu war allerdings, dass auch die Verfechter der von ihm als „revisionistisch" verurteilten „Thesen" erklärt hätten, dass die Programmatik einer kommunistischen Partei weiterentwickelt werden muss, wenn sich die objektive Realität verändert hat.

Für mich heißt das, dass Patrik, ohne es deutlich auszusprechen, eigentlich ein anderes, neues Parteiprogramm will, oder mindestens erhebliche Änderungen an dem von 2006.

Damit wird also die Auseinandersetzung um das Programm von 2006 neu belebt, gegen das Patrik ja zusammen mit anderen auch damals opponiert hat.

Nun brauchen wir wirklich keinen Streit darum, dass kommunistische Parteiprogramme keine heiligen Schriften sind, die

ewige Gültigkeit besitzen. Wenn sich die objektive Lage erheblich verändert hat, müssen sie angepasst werden. So nach 1989/90.

Aber die konkrete Frage heute lautet dann doch, womit Patrick begründen will, dass sich die objektive Lage heute gegenüber der von 2006 so stark verändert hat, dass ein Abgehen von den Aussagen dieses Parteiprogramms gerechtfertigt wäre.

Merkwürdigerweise führt Patrik in diesem Zusammenhang als Beispiel die EU an, von der er sagt, dass heute im Verhältnis zu 2006 viel deutlicher geworden sei, dass es sich um „ein imperialistisches Konstrukt handelt, das überwunden werden muss".

Ich vermute, dass damit die Forderung nach dem Austritt der BRD aus der EU gerechtfertigt werden soll, die auf dem letzten Parteitag eine mehrheitliche Zustimmung fand, aber zu den Aussagen des Programms von 2006 zur EU eindeutig im Widerspruch steht.

Nun weiß ich natürlich nicht, ob Patrik im Ernst behaupten will, dass der imperialistische Charakter der EU erst in den letzten Jahren nach 2006 richtig deutlich geworden sei.

Die DKP jedenfalls hat daran von Anfang an nie einen Zweifel gelassen. Der imperialistische, den Interessen des Monopolkapitals dienende Charakter der EU wurde in vielen Beschlüssen, Referaten, Artikeln in den Marxistischen Blättern und in der UZ dargestellt. Ich selbst habe zahlreiche Texte mit diesem Tenor verfasst.

Hat sich aber in dieser Hinsicht nun seit 2006 tatsächlich eine „neue Qualität" ergeben?

Ich glaube nicht, dass das stichhaltig mit Fakten begründet werden kann. Die entscheidenden Elemente, die die imperialistische Struktur und Verfahrensweise, die grundlebend neoliberale Ausrichtung der heutigen EU ausmachen, sind spätestens schon im Vertrag von Maastricht 1992 festgeschrieben worden. Sie waren im EU-Verfassungsvertrag von 2004 enthalten, und dessen Inhalte wurden nach seinem Scheitern in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden nahtlos in den „Lissabon-Vertrag" übernommen. Seitdem gibt es keine Fakten, die eine qualitative Veränderung der EU in ihren Grundlagen belegen könnten.

Aber In Wahrheit geht der Streit ja auch gar nicht darum, ob die EU ein „Konstrukt" oder Instrument des Imperialismus ist.

Da wird eine manipulative Argumentationsmethode sichtbar, die leider immer wieder verwendet wird. Da werden falsche Fragestellungen zum Streitfall erklärt, um damit Stimmung gegen die angeblichen „Revisionisten" zu machen, die anscheinend die Einschätzung der EU als „imperialistisches Konstrukt" ablehnen.

Die wirkliche Streitfrage ist aber, ob aus dem imperialistischen Charakter der EU der Schluss gezogen werden muss, dass die EU grundsätzlich „unreformierbar" sei, wie beispielsweise die KKE behauptet, um damit zu begründen, dass nur der Austritt die einzig richtige klassenkämpferische Forderung von Kommunisten sein kann.

Oder müssen wir, solange die Kräfteverhältnisse zur Abschaffung der EU und deren Ersetzung durch eine ganz andere Form der europäischen Zusammenarbeit auf anderen politischen und vertraglichen Grundlagen nicht vorhanden sind, wie es im Parteiprogramm steht, auch die nun einmal existierende EU-Ebene als ein Kampffeld begreifen, auf dem wir im Zusammenwirken mit anderen, also nichtkommunistischen Kräften, um die Verhinderung von sozialen und demokratischen Rückschritten und um die Durchsetzung von demokratischen Reformen im Interesse der arbeitenden Menschen kämpfen?

Warum soll es richtig sein, innerhalb des imperialistischen „Konstrukts" des Staates BRD für demokratische und soziale Reformen zu kämpfen – worauf ja auch das vom Parteivorstand beschlossene „Sofortprogramm" orientiert -, dies aber auf EU-Ebene für „unrealisierbar" erklärt werden?

Was durchgesetzt und erreicht werden kann, hängt doch einzig und allein von den jeweiligen Kräfteverhältnisse ab, und zwar sowohl auf nationalstaatlicher wie auf EU-Ebene.

Eigentlich müssten ja auch jüngste Vorgänge wie die Bewegungen gegen CETA und TTIP Anlass zum Nachdenken sein. Dinge, die die Herrschenden im Interesse des Finanzkapitals durchsetzen wollen, können offenbar auch im EU-Rahmen durchaus verhindert werden, wenn die Widerstandsbewegungen breit genug sind. Warum kämpfen wir sonst gegen CETA und TTIP, wenn wir der Meinung sind, dass auf der EU-Ebene nichts gegen den Willen der Mächtigen erreicht werden kann?

Übrigens sollte auch das Hin und Her um den „Brexit" erkennen lassen, dass ein Austritt aus der EU bei fortbestehenden kapitalistischen Verhältnissen gar nicht so einfach ist. Es sind damit vielfältige politische und ökonomische Folgen verbunden, die auch für die arbeitende Bevölkerung nicht unwichtig sind.

Der Kernpunkt ist aber, dass mit der Forderung nach Austritt aus EU oder Euro in der Tat nur die Rückkehr zu einem unbeschränkt souveränen Nationalstaat mit eigener Währung gefordert wird, ohne auch nur im Geringsten die Frage aufzuwerfen, wer in diesem Nationalstaat dann das Sagen hat.

Das ist ja auch der wesentliche Grund, warum die gleiche Forderung auch von rechtsextremen nationalistischen Kreisen vertreten werden kann – und das ist ihr entscheidender Mangel.

Nicht EU oder Nationalstaat ist die Frage, sondern welche politischen Kräfte auf beiden Ebenen die Politik bestimmen.

Nebenbei bemerkt, halte ich dies auch für einen wichtigen Mangel der in linken Kreisen geführten Debatten um einen sogenannten „Plan B", der den Austritt aus dem Euro als Fortschritt ansieht. Diese Überlegungen beschränken sich im Wesentlichen auf eher finanztechnische Fragen im Rahmen der bestehenden Verhältnisse. Aber die Frage nach den politischen Kräfte- und Machtverhältnissen in den dann wieder solo agierenden Nationalstaaten wird nicht gestellt.

*

Ein zweiter inhaltlicher Fragenkomplex, zu dem ich etwas sagen will, betrifft den Weg zum Sozialismus. Dazu hatte ich ja schon in dem Artikel im Sommer ausführlich argumentiert.

Ein halbes Jahr später ist aber festzustellen, dass es bis heute noch keine Erklärung der Parteiführung gibt, warum der Kampf um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt aufgegeben worden ist, der im Parteiprogramm von 2006 als die erste strategische Zielsetzung auf dem Weg zum Sozialismus in der BRD genannt ist.

Stattdessen wird in Referaten und Artikeln aber zunehmend ausschließlich von „antimonopolistischer Strategie" und vom Kampf um „antimonopolitische Reformen" gesprochen.

Das erfordert die Nachfrage, was genau damit gemeint ist. Was sind „antimonopolistische Reformen"?

Gehören dazu auch Forderungen wie die nach der Erhöhung des Mindestlohns, nach Absicherungsmaßnahmen gegen die Altersarmut, nach höheren Löhnen und nach Einschränkung und Abschaffung des Niedriglohnsektors?

Oder fangen „antimonopolistische Reformen" erst da an, wo unmittelbar in die Eigentumsverhältnisse eingegriffen wird, bei der Verstaatlichung von Banken und anderen wirtschaftsdominanen Monopolen?

Wobei ja bekannt ist, dass solche Verstaatlichungen durchaus auch schon im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems

durchgeführt worden sind und Staatsunternehmen an sich noch nicht unbedingt „antimonopolistische Reformen" bedeuten.

Ich befürchte, dass hinter der durchgängig vorgebrachten Forderung nach „antimonopolistischen Reformen" die gleiche falsche Einstellung zur gegenwärtigen strategischen Zielsetzung seht wie hinter dem Verzicht auf den Kampf um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt.

In Wirklichkeit weigert sich die neue, vielleicht für einige „radikaler" oder „klassenkämpferischer" klingende Wortwahl einfach, die konkrete Realität zur Kenntnis zu nehmen.

Nämlich dass wir es heute in Deutschland weiterhin mit einer langen Periode von Abwehrkämpfen zu tun haben werden und diese bestenfalls mit dem Kampf um punktuelle Verbesserungen, also um soziale, demokratische, ökologische und anderen Reformen noch im Rahmen des bestehenden kapitalistischen Systems verbinden können. Nicht weil wir uns dem „Reformismus" öffnen, sondern weil die realen Kräfteverhältnisse so sind.

Es gehört aber zu den wichtigsten Eigenschaften einer an Marx, Engels und Lenin orientierten Kommunistischen Partei, dass sie eine realistische Vorstellung von der jeweils konkret anstehenden Kampfetappe entwickelt und diese nicht mit später vielleicht möglich werdenden Kampfetappen und nicht mit den eigenen Wunschvorstellungen verwechselt.

*

Beim dritten Punkt, zu dem ich etwas sagen möchte, komme ich auf die Auseinandersetzung auf der 6. PV-Tagung zurück.

Ich will die Frage aufwerfen: Welches Parteikonzept steht eigentlich hinter dem Vorgehen der Parteispitze?

Ich kann darin nicht anderes erkennen als die Rückkehr zu einem alten autoritätsorientierten zentralistischen Parteikonzept

Da soll von oben „durchregiert" werden. Es wird zwar die Rückkehr zum Grundsatz „Gemeinsam Handeln" angemahnt. Aber „gemeinsam Handeln" heißt hier offenbar nicht gemeinsames Handeln trotz Vorhandensein unterschiedlicher Meinungen in manchen Fragen. Gemeinsames Handeln in der Version des Beschlusses der 6. PV-Tagung heißt vielmehr, dass die „Abweichler" zur Preisgabe ihrer eigenen Überzeugungen und zu Gehorsam im Namen von Parteidisziplin, Beschlußverbindlichkeit und Einheit der Partei aufgefordert werden.

Ein solches zentralistisches Parteikonzept ist in der Tat in vielen kommunistischen Parteien lange Zeit üblich gewesen, auch in der deutschen. Aber es hat sich in der Praxis nicht bewährt.

Historisch gesehen, ist dieses Parteikonzept ursprünglich in der KPdSU entstanden, zur Zeit Stalins, zuerst im Kampf gegen die „Trotzkisten" und dann gegen andere „Abweichler".

Das hatte bekanntlich leider schlimme Folgen. Es gab mehrere sogenannte „Säuberungswellen" mit Exzessen bis zur Hinrichtung von Genossinnen und Genossen, deren „Verbrechen" darin bestand, dass sie in bestimmten Fragen anderer Meinung waren

als Stalin und seine Getreuen. Manchmal genügte auch schon der bloße Verdacht einer „Abweichung".

In der deutschen Partei hatte dieses Parteikonzept nicht ganz so schlimme Folgen. Aber ungerechtfertigte Maßregelungen und Sanktionen gegen vermeintliche oder tatsächliche „Abweichler" gab es auch.

Als ich noch ein relatives junges Mitglied der KPD war, habe ich 1949/50 den Kampf gegen den „Titoismus" und die Maßregelung der „Titoisten" bis zum Ausschluss aus der KPD erlebt. Es folgte im Zusammenhang mit der sogenannten „Field-Affäre" die Funktionsenthebung von Genossinnen und Genossen, die während des Faschismus in der Westemigration waren, Mit Sicherheit ist die KPD damals durch diese Maßnahmen nicht stärker geworden.

Elemente dieser zentralistischen Parteikonzeption wurden auch nach Stalins Tod beibehalten, zum Teil auch noch in die DKP übernommen. Und ich gebe zu, dass auch ich damals zu den Verfechtern eines solchen Parteiverständnisses gehörte.

Aber können wir denn heute wirklich zu einem solchen Parteikonzept zurückwollen?

Es kann doch nicht einfach darüber hinweg gegangen werden, dass dieses Parteikonzept in den Krisenjahren nach 1989/90 in der UdSSR und in den realsozialistischen Staaten Osteuropas total gescheitert ist. Warum?

Zu den Gründen gehört mit Sicherheit, dass mit diesem Parteikonzept, wo der Kurs oben von bestimmt wird und den Mitgliedern im Wesentlichen die Rolle zukommt, ihn umzusetzen, eben nur eine formale Einheit der Partei, nur eine formale Parteidisziplin und Beschlußtreue entsteht. Aber die Mitglieder sind von dem Kurs, dem sie sich formal unterordneten, nicht wirklich selbst überzeugt.

Aus diesen historischen Erfahrungen müssen wir doch ernsthafte Lehren ziehen.

Das heißt für mich aber auch, dass wir die Fragen der Einheit der Partei, der Beschlußverbindlichkeit und der Parteidisziplin neu durchdenken müssen.

Wirkungsvolle Beschlußverbindlichkeit kann eben nicht erreicht werden durch eine formale Unterordnung aller unter gefasste Beschlüsse, die durch die Drohung mit organisationspolitischen Sanktionen erzwungen wird.

Beschlußverbindlichkeit kann nur auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugung und inhaltlicher Übereinstimmung beruhen. Und die können sich nur in einer offenen und freien Diskussion herausbilden.

Wie überzeugend kann eine Genossin oder ein Genosse anderen gegenüber denn sein, um sie beispielsweise für die Unterstützung der Kandidatur der DKP zu gewinnen, wenn sie selbst davon überzeugt sind, dass diese Kandidatur ein politischer Fehler ist?

Deshalb ist es meiner Meinung nach richtig und wichtig, dass in unserem Parteistatut, 1993 auf dem 12. Parteitag in Mannheim beschlossen, im Unterschied zu früheren kommunistischen Parteistatuten ausdrücklich festgehalten worden ist, dass das gemeinsame Handeln und die Aktionsfähigkeit der Partei, wie es in Artikel 3 wörtlich heißt, die „enge Einbeziehung aller Mitglieder in die Vorbereitung von Entscheidungen sowie in die Entscheidungen selbst" erfordert.

Und weiter wird ausdrücklich gesagt: „Die wichtigsten Mittel, um das gemeinsame Handeln der Parteimitglieder zu erreichen, sind die politische Diskussion der Mitglieder und die Erarbeitung möglichst breiter Übereinstimmung."

Es ist klar: Wenn Beschlüsse gefaßt werden, für die vorher eine breite Übereinstimmung im Ergebnis einer offenen Diskussion erreicht worden ist, gibt es mit der Beschlußverbindlichkeit keine Probleme.

Probleme entstehen, wenn das nicht der Fall war und Mehrheitsbeschlüsse gefasst werden. Und sie sind umso größer, je umstrittener die Entscheidung ist und wenn Beschlüsse gefasst werden, die ohne ausreichend organisierte Diskussion von immerhin einem beträchtlichen Teil der Partei aus guten Gründen abgelehnt werden.

Ich will in diesem Zusammenhang dem Argument von der Verbindlichkeit von Parteitagsbeschlüssen, mit dem die

Parteispitze operiert, nicht ausweichen, sondern dazu deutlich meine Meinung sagen.

Beschlußverbindlichkeit kann meiner Meinung nach in solchen Fällen nur bedeuten, dass der Mehrheitsbeschluss für die Gesamtpartei gültig ist, das heißt, dass er mit ihren organisatorischen und auch finanziellen Mitteln namens der Partei umgesetzt werden kann.

Beschlußverbindlichkeit kann in solchen Fällen aber nicht bedeuten, dass Genossinnen und Genossen, die dagegen waren, hinterher ihre eigene Überzeugung aufgeben und sich selbst verleugnen müssen, um Menschen das Gegenteil dessen zu erklären, wovon sie selbst überzeugt sind.

Wer meint, die „Einheit der Partei" in solchen Fragen durch Sanktionen durchsetzen zu müssen, verfolgt nicht nur eine zentralistische, sondern auch eine illusionäre Vorstellung von der Einheit der Partei, die die Partei nicht stärker macht, sondern schwächt.

Übrigens steht das auch so im Statut.

Im Abschnitt 2 heißt es ausdrücklich, dass alle Mitglieder das Recht haben, ihre Meinung zu allen die DKP betreffenden Angelegenheiten frei zu äußern und sie sogar „im Rahmen der Möglichkeiten in Parteipublikationen zu vertreten" sowie „Kritik an Beschlüssen, Gremien und Mitgliedern zu üben".

Da ist Kritik auch an Beschlüssen also ausdrücklich erlaubt. Das kann nur heißen: auch nach der Beschlussfassung. Sie soll

solidarisch sein und die Umsetzung der Beschlüsse nicht gefährden, heißt es im Statut. Aber nicht, dass nach Mehrheitsbeschlüssen alle sich der Mehrheitsmeinung anschließen und ihre eigene Meinung aufgeben müssen.

Außerdem steht im Statut, dass jedes Mitglied seine Meinung und Kritik „einzeln oder in Verbindung mit anderen Mitgliedern" vorbringen darf. Nirgends ist festgelegt, dass diese Rechte nur bis zur Beschlussfassung gelten und danach nicht mehr.

Es ist hervorzuheben und wohl auch stärker in der Partei bewusst zu machen, dass die Rechte der Mitglieder im Statut von 1993 gegenüber früheren Parteistatuten ausdrücklich erweitert, vergenauert und neu formuliert worden sind – eben als Lehre aus den gemachten geschichtlichen Erfahrungen.

Damit komme ich noch einmal auf die falsche Etikettierung unseres Netzwerks als „Fraktion" zurück.

Wir müssen offensichtlich stärker in der Partei bekannt machen, dass der Begriff „Fraktion" im Artikel 3 des Status definiert ist. Da werden drei Merkmale genannt: eigene Disziplin, eigene Strukturen und eigene politische Plattform.

Keines dieser Merkmale trifft auf das „Netzwerk" zu. Es ist weder eine Gruppe mit eigener Mitgliedschaft und eigener Disziplin, noch hat es eigene Strukturen mit Leitungs- oder Sprechergremien, und auch eine eigene politische Plattform ist nicht formuliert.

Die Behauptung, dass die „Thesen des Sekretariats" oder er „Offene Brief" des Netzwerks eine solche Plattform seien, ist eine

wahrheitswidrige Unterstellung. Denn das haben die Teilnehmer des Netzwerks nirgendwo beschlossen oder vereinbart.

Das Netzwerk ist ein Kommunikationsnetz zum Austausch von Ansichten über allgemeine politische Entwicklungen und über Probleme der Partei. Seine einzige politische Plattform ist das geltende Parteiprogramm von 2006. Das entspricht völlig dem vom Statut festgelegten Rahmen.

Und ich will hier auch gleich sagen, dass es meiner Meinung nach dabei strikt bleiben sollte. Ich jedenfalls wäre, wenn das jemand anstreben würde, klar dagegen, sich vom Vorgehen der Parteispitze dazu herausfordern zu lassen, dieses Netzwerk tatsächlich zu einer „Fraktion" mit eigener Gruppendisziplin, eigenen Strukturen und eigener politischer Plattform auszubauen.

Ich sage dies, weil es meiner Meinung nach keine sinnvolle Alternative zu dem Versuch gibt, in der bestehenden DKP um Mehrheiten für den von uns für richtig gehaltenen Parteikurs, das heißt für die Beibehaltung und Umsetzung der im Parteiprogramm von 2006 enthaltenen Orientierungen zu ringen, wie es das Statut erlaubt.

Das wird angesichts der Verbreitung von vielen falschen Behauptungen und Gerüchten nicht leicht sein. Es erfordert auch von unserer Seite Geduld, Weitsicht und die Vermeidung von emotionalen Zuspitzungen.

Wir müssen meiner Meinung nach bestrebt sein, der Stimmungsmache mit der falschen Bezeichnung „Fraktion" so weit

wie möglich den Boden zu entziehen und sollten deshalb alles vermeiden, was diese Behauptung stützen könnte.

Wir sollten verdeutlichen, dass wir nicht nur polemisch Standpunkte und Kritik vorbringen, sondern wirklich gemeinsames Handeln trotz bestehender Differenzen da, wo es möglich ist, anstreben - und dass wir die Auseinandersetzung um die strittigen Fragen so sachlich und solidarisch wie möglich führen wollen.